Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 119. | Dresden, Sonnabend den 25. Mai 1918. | 29. Jahrg.

Jubiläum des Verbandes sächsischer Konsumvereine.

Am Freitag traten im Saale des Zoologischen Gartens in Dresden die Vertreter des Verbandes sächsischer Konsumvereine zu ihrer 50. Tagung zusammen. Auf ein halbes Jahrhundert großartiger Entwicklung kann diese bedeutsame genossenschaftliche Organisation zurückblicken. Es bestanden zwar schon 1869, als die erste Verbindung zwischen den Genossenschaften in Sachsen nach vielen Mühen hergestellt wurde, 98 Konsumvereine, aber es waren nur Zwerggründungen, die mit bescheidensten Umsätzen rechnen mußten. Gerade in der großen Zahl der einzelnen Genossenschaften lag die Schwäche der Konsumvereine damaliger Zeit, denn sie ist auf eine große Zersplitterung zurückzuführen. Wie weit die Zersplitterung ging, verraten uns die Angaben im Jubiläumsbericht des Verbandes.

Wir ersehen daraus, daß der genossenschaftliche Gedanke zwar schon in zahlreichen Dörfern des Erzgebirges und der Lausitz Boden gefaßt hatte und besonders in Industrieorten und einzelnen größeren Städten eine gewisse Entwicklungshöhe erreicht war; aber es fehlte offensichtlich die großzügige Initiative. Denn wir sehen, daß in einzelnen Orten drei oder vier Konsumvereine bestanden, die sich offenbar Konkurrenz machten und so gegenseitig in der Entfaltung hinderten. So nennt uns das Vereinsverzeichnis im Jubiläumsbericht aus dem Jahre 1869 aus Chemnitz nicht weniger denn vier Konsumvereine, Freiberg und Hainichen leisteten sich den Luxus von dreien, eine Reihe anderer Mittelstädte hat zwei, darunter auch Dörfer wie Jahnsbach bei Thum und Müllen St. Jacob. Viele dieser Zwerggenossenschaften haben der Zeit und der Entwicklung ihren Tribut in der einen oder anderen Weise zahlen müssen, sie sind mit anderen verschmolzen worden oder auch ganz eingegangen. Wild und ungeregelt ließ damals der genossenschaftliche Gedanke seinen Samen aufgehen. Mancher Trieb ist auf zu steinigem Grunde wieder verkommen; doch ist in dieser Periode raschen Werdens und Vergehens der Boden sondiert und gleichzeitig befruchtet worden. Manche Enttäuschungen ließen aber doch bedeutsame Erfahrungen reifen, die die Bewegung wieder aufs neue befruchteten und schließlich jene Höhe der Entwicklung ermöglichten, von der der Verbandstag jetzt nach 50jähriger erfolgreicher Arbeit blicken kann.

Die sächsische Landeshauptstadt hat eigentlich die Ehre, den Jubiläums-Verbandstag in seinen Mauern zu bergen, nicht verdient. Denn hier war vor 50 Jahren die Konsumvereinsbewegung noch nicht eingedrungen. Sie hat hier überhaupt zuletzt Boden gefaßt. In der Lausitz, dem Erzgebirge, dem Meißner Hochland waren 1869 die Pioniere der Genossenschaftsbewegung vorgerückt, in Meißen, Freiberg, Hainichen und Sebnitz hatten sie Fuß gefaßt, nur noch nicht in Dresden und seinen Vororten. Doch schließlich wurde auch hier das Eis gebrochen; dann aber ging es hier schneller vorwärts wie an manchen andern Orten.

Die Arbeiterschaft überwog vor 50 Jahren in den Konsumvereinen noch nicht so entschieden wie jetzt; vor allem war es noch nicht zu der scharfen Scheidung zwischen Bürgerschaft und Arbeitern gekommen, die später für die Konsumvereine charakteristisch war. Neben dem Schlosser oder Maurer wurde auch mal ein Steuer-Kondukteur oder gar ein Assessor mit in die Verwaltung eines Konsumvereins oder die Verbandsverwaltung gewählt.

Die Verbandsgründung von 1869 war eine wichtige Etappe in der Entwicklung. Man mußte freilich bescheiden mit neun Vereinen beginnen. War dieser Grund für den neuerstandenen Verband auch etwas schmal, so sorgte doch das Bedürfnis nach regelmäßigem und geordnetem Austausch genossenschaftlicher Erfahrungen für ein baldiges Erstarken der neuen Vereinigung. Freilich ohne Rückschläge und Differenzen ging es auch hier nicht ab. Gegensätze machten sich bemerkbar, die im Grunde wohl in den Verschiedenheiten der proletarischen und bürgerlichen Anschauungen ihre Ursachen hatten. 1875 kam es sogar zu einer Spaltung. Aber diese Auseinandersetzungen waren in der Hauptsache doch nur Ausflüsse regen Lebens und Strebens; sie erzeugten keine Brüche im ganzen, sie reinigten nur.

Einen wichtigen Abschnitt in der Entwicklungsgeschichte bedeutet das Genossenschaftsgesetz von 1889. Dadurch wurde eine klarere Rechtsgrundlage geschaffen. Andere gesetzgeberische Versuche waren zum größten Teil in feindseliger Absicht gegen die Genossenschaften und vom Geiste engherziger Mittelstandsrettung erfüllt, haben aber den genossenschaftlichen Siegeslauf nicht hemmen können. Großzügigeres Schaffen wurde durch die 1894 im wesentlichen einsetzenden Verschmelzungen kleinerer Konsumvereine zu größeren erzielt. Dazu aber war zähe Arbeit nötig, um in den eigenen Reihen den Geist der Kleinkrämerei zu überwinden.

Welch gewaltige Fortschritte die sächsische Konsumvereinsbewegung in dieser Zeit 50jähriger Entwicklung erzielt hat, das sei nur mit wenigen Angaben beleuchtet: Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Vereine bezifferte sich 1869 auf 2247, 1917 aber auf 371 309. Die Zahl der Verkaufsstellen ist in demselben Zeitraume von 51 auf 841 angewachsen, die Geschäftsanteile von 40 803 auf 9 467 466, die Reservefonds von 541 auf 4 906 267, der Umsatz von 472 100 M. auf 111 650 241 M. Diese Zahlen zeigen eine glänzende Entwicklung, sie reden von den Erfolgen zäher, umsichtiger genossenschaftlicher Arbeit.

Die Genossenschaftsbewegung ist eine der drei wichtigsten Stützen der Arbeiterbewegung. Ist auch ihr Element weniger der Kampf als die positive Arbeit. Diese aber ist der Arbeiterschaft, ja der minderbemittelten Bevölkerung überhaupt, von größtem Vorteil gewesen. Das Vorgunwesen wurde beseitigt und damit die Schuldknechtschaft beim Krämer gebrochen. Wenn der Arbeiterschaft in normalen Zeiten gute Waren zu möglichst niedrigen Preisen gesichert worden sind, ist das hauptsächlich ein Verdienst der Genossenschaften. Auf diese Weise haben sich besonders die Arbeiterkonsumvereine selbst empfohlen und Mitglieder angezogen; so sind sie trotz manchem Gegenwind, der von oben kam und ihnen die Existenz unterbinden wollte, zur heutigen Bedeutung erstarkt. Gerade Sachsen war lange Zeit steiniger Boden für die Konsumvereine. Es braucht nur an die Knebelungsversuche mit der Umsatzsteuer erinnert zu werden, um einen der dunkelsten Punkte der sächsischen Geschichte und die schwersten Zeiten der sächsischen Konsumvereine hervorzuheben. Doch auch sie sind in der Ungunst dieser Zeiten erstarkt. Heute aber liegt die Umsatzsteuer in den letzten Zuckungen, durch das Drängen der sozialdemokratischen Vertreter im Landtage ist sie auf den Aussterbeetat gebracht worden. Die Konsumvereine aber haben auch dieses Hindernis überwunden und den Weg zu neuen Erfolgen eingehalten. Daran haben aber die meisten der Vertreter einen erheblichen Anteil, die sich morgen zur Jubiläumstagung vereinigen. Als Führer und Leiter der Genossenschaftsbewegung haben sie aus Wenigem ein Viel gemacht und vereinte Kräfte zu schönen erhabenen Zielen geführt. Wir wünschen ihnen auch zu ihrer Jubiläumstagung den frischen guten Geist und das pulsierende Leben, die die Arbeitergenossenschaften von jeher beseelt und hochgebracht haben!

Verlustreiche feindliche Angriffe.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 25. Mai 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Kampftätigkeit der Artillerien blieb tagsüber bei Sturm und Regen in mäßigen Grenzen. In Verbindung mit nächtlichen Teilangriffen des Feindes nordwestlich vom Kemmel, nördlich und westlich von Albert nahm sie vorübergehend große Stärke an. Die feindlichen Angriffe brachen überall verlustreich zusammen. Bei Hamel warfen wir den Feind im Gegenstoß zurück. Im übrigen wurden seine Sturmtruppen schon vor unseren Linien zusammengeschossen.

Die Besatzung eines Beobachtungsflugzeuges, Leutnant Eisenmenger und Vizefeldwebel Gund, hat am 23. Mai aus einer Kette von sechs englischen Kampfeinsitzern vier Flugzeuge abgeschossen.

Der Chef des Generalstabs.

Der erste russisch-ukrainische Verhandlungstag.

Kiew, 24. Mai. Gestern nachmittag fand die erste öffentliche Vollsitzung der ukrainisch-russischen Friedensdelegation im großen Saale des Radagebäudes unter Vorsitz Scheluchins statt. Jeder Satz Scheluchins wurde aus dem ukrainischen ins russische übersetzt. Bei der gegenseitigen Prüfung der Vollmachten wies Scheluchin darauf hin, daß in der Vollmacht nicht angegeben sei, ob die Sowjetdelegierten zu Friedens- oder Waffenstillstandsverhandlungen ermächtigt seien. Ferner fragte er, welche russischen Staatseinheiten durch die Sowjetdelegationen vertreten würden, da Weißrußland, Sibirien und die Don- und Kaukasusrepubliken die Zuständigkeit der Sowjetdelegation abgelehnt hätten.

Der russische Vorsitzende, Rakowski, erklärte diese zunächst für eine innere russische Angelegenheit und ersuchte dann die Frage schriftlich zu stellen, worauf geantwortet werden würde. Die Frage Scheluchins, ob die Ukraine von der russischen Vertretung als unabhängiger Staat anerkannt werde, wurde von russischer Seite bejaht. Mitglieder der ukrainischen Delegation sind außer Scheluchin und Igor Kistiakowski noch Baranowski vom Finanzministerium, Generaldirektor Swizinski der Hüttenwerke in Jusowka vom Handelsministerium, Petrow vom Verpflegungsministerium, der Chef des ukrainischen Generalstabs Sliwinski vom Kriegsministerium.

In der heutigen Vollversammlung der russisch-ukrainischen Friedensdelegation wurde die Zuständigkeitsfrage der großrussischen Delegation noch nicht gelöst. Die ukrainische Delegation forderte 1. Generalvollmacht für die großrussische Delegation zum Abschlusse aller in Betracht kommenden Verträge; 2. eine klare Bestimmung der durch die großrussische Delegation vertretenen Gebiete. Die Sitzung wurde auf morgen nachmittag vertagt.

Das Spiel um Livland und Estland.

Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk hat die wichtigsten Fragen des Ostens ungelöst gelassen. Wenn jedoch eine von ihnen mit ziemlicher Klarheit geregelt zu sein schien, so war es die livländisch-estländische Frage. Der Friedensvertrag gibt die Grenze zwischen den loszulösenden Randstaaten und den verbleibenden Kern Großrußlands an: innerhalb dieser Grenze liegen Estland und Livland. Später hat Herr von dem Bussche namens der deutschen Regierung im Reichstag ausdrücklich erklärt, daß Estland und Livland unter der Oberhoheit Rußlands geblieben seien.

Wie schon gestern berichtet wurde, hat das Auswärtige Amt an den russischen Botschafter in Berlin ein Schreiben gelangen lassen, worin die Führer des sogenannten livländischen Landesrats ihren Wunsch auf vollständige Abtrennung ihrer Länder von Rußland aussprechen. Die Herren hatten am 13. Mai versucht, dem russischen Botschafter das Schriftstück persönlich zu überreichen, waren aber zurückgewiesen worden. Jetzt hat sich das deutsche Auswärtige Amt zum Briefträger der baltischen Ritterschaftswünsche gemacht.

Wenn die russische Regierung konsequent ist, so kann sie den baltischen Herren nur etwa folgendes antworten: Es ist richtig, daß wir die Freiheit aller Völker und das Recht ihrer Selbstbestimmung anerkennen bis zur Loslösung von Rußland. Es fällt uns aber gar nicht ein, die Wünsche einer kleinen baltischen Herrenschicht als den Ausdruck des Volkswillens anzuerkennen. Wenn Estland und Livland vom deutschen Militär geräumt werden und dann in freier Volksabstimmung ihre Loslösung von Rußland proklamieren, so werden wir diesen Beschluß respektieren. Bis dahin aber bleiben Estland und Livland unter russischer Oberhoheit, wie der Friedensvertrag von Brest-Litowsk das vorsieht.

Fällt die Antwort Rußlands so aus, und man kann sich kaum vorstellen, daß sie anders ausfallen könnte, dann kommt die deutsche Regierung in eine sehr merkwürdige Lage. Den Russen gegenüber hat sie sich feierlich auf die Innehaltung des Friedensvertrags und damit auch auf die Anerkennung der russischen Oberhoheit über Livland und Estland verpflichtet. Den baltischen Baronen aber hat der Reichskanzler am 21. April im Namen des Kaisers erklärt, Deutschland sei bereit, die beiden Länder bei ihrem Versuch der Loslösung von Rußland zu unterstützen; die Frage der Personalunion mit Preußen werde wohlwollend geprüft werden. Die deutsche Regierung steht also zwischen einem Vertrag und einem Versprechen, und wao sie zuletzt auch tun wird, auf jeden Fall wird eine von beiden Seiten den begründeten Vorwurf des Wortbruchs gegen sie erheben können.

Immerhin ist das Versprechen, das der Reichskanzler den baltischen Baronen gegeben hat, an Bedeutung mit einem feierlichen Friedensvertrag in keiner Weise zu vergleichen. Für die Einhaltung geschlossener Verträge steht das ganze deutsche Volk mit seiner Ehre ein. Die Loslösung Livlands und Estlands von Rußland betreiben, während Rußland auf Anerkennung seiner Oberhoheit besteht, das wäre der offenbarste Vertragsbruch. Deutschland würde sich dadurch dem Vorwurf aussetzen, es breche von ihm eingegangene Verträge schon wieder, noch ehe die Tinte trocken geworden sei, mit der sie unterzeichnet sind.

Einen wirklich entscheidenden Schritt zum Vertragsbruch hat die deutsche Regierung noch nicht getan, obwohl sie mit ihm schon in der bedenklichsten Weise gespielt hat. Jetzt muß zunächst die russische Antwort auf das Begehren der baltischen Ritterschaft abgewartet werden, dann erst wird sich die Sache entscheiden. Dann wird es sich zeigen, ob der Wahnsinn der alldeutsch-militaristischen Länderverschlucker über Treu und Glauben und die bessere Einsicht des Auswärtigen Amtes siegt.

Die Erklärung der Ritterschaften.

Dem russischen Botschafter in Berlin, Herrn Joffe, ist unter dem Datum vom 19. Mai folgende Erklärung der vereinigten Landesräte von Livland und Estland durch das Auswärtige Amt überreicht worden:

An die Regierung der russischen sozialistischen, föderativen Sowjet-Republik, Moskau.

Am 28. Januar 1918 haben die Bevollmächtigten der liv- und estländischen Ritter- und Landschaft dem Vertreter der russischen Regierung in Stockholm Worowski im Auftrag der genannten Körperschaften eine Note übergeben, in der genannte Körperschaften als die verfassungsmäßigen Vertreter Livlands und Estlands die Selbständigkeit dieser ehemaligen russischen Provinzen erklärten. Die Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands handelten dabei in voller Uebereinstimmung mit den Wünschen der örtlichen Bevölkerung, die ihren Ausdruck gefunden hatten nicht nur in den Kundgebungen zahlreicher Körperschaften, Vereine und Organisationen beider Provinzen, sondern auch in einem Beschluß der auf breiter demokratischer Grundlage gewählten Vertreter des

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180525/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG